

Teilaspekte des Regionalkopnzeptes

Autor(en): **Schmutz, Jakob / Riedo, Otto / Brühlhart, Anton**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Beiträge zur Heimatkunde / Verein für Heimatkunde des
Sensebezirkes und der benachbarten interessierten Landschaften**

Band (Jahr): **48 (1978)**

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-956680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

denden Charakter, kann diese Zusammenstellung gleichwohl als Orientierung und Leitbild herangezogen werden.

Wertvolle Einzelbauten und deren Umgebung werden durch diesen Inventar nicht erfaßt. Ein Verzeichnis der schützenswerten Einzelbauten in jeder Gemeinde wurde durch das Kantonale Planungsamt und die Kantonale Kommission für Denkmalpflege erstellt. Dieses Verzeichnis ist im Besitz der Gemeinden und kann im Gemeindebüro eingesehen werden. Es wird in der Ortsplanung regelmäßig berücksichtigt.

MORITZ BOSCHUNG

Ortsbilder von nationaler Bedeutung:

Tafers, Bösinggen, Rechthalten, Überstorf und die Weiler von Bundtels, Galmis, Jetschwil, Niedermuhren, Wiler vor Holz, Richterwil und Sensebrücke.

Ortsbilder von regionaler Bedeutung:

Heitenried, Plaffeien, St. Ursen und die Weiler von Elswil, Fendingen, Neuhaus, Niedermonten, Obermonten, Rohr.

Ortsbilder von lokaler Bedeutung:

Düdingen, Giffers, Plasselb, Schmitten, Wünnewil, St. Antoni, Flamatt und die Weiler von Dietisberg und Schiffenen.

Teilaspekte des Regionalkonzeptes

Landwirtschaft

Von JAKOB SCHMUTZ und OTTO RIEDO

Die Rolle der Landwirtschaft im volkswirtschaftlichen Gefüge unseres Bezirkes wird sehr oft unterschätzt. Ihre Hauptaufgaben sind die Nahrungsmittelversorgung, die Vorsorge für Zeiten gestörter Zufuhren, die langfristige Erhaltung der Produktionsreserven, die immer größer werdenden Nebenfunktionen wie Landschaftspflege, Erhaltung des Brauchtums, kurzum die Lebensqualität in unserem Bezirk zu fördern. Die Landwirtschaft wird sich weiterhin spezialisieren, und dabei werden zwangsläufig vermehrt Neben- bzw. Zuerwerbsbetriebe entstehen. Die Grundlagenverbesserung, welche in der Region angestrebt wird, hat eine rationelle und kostengünstigere Produktion, sowie die Erleichterung der bäuerlichen Arbeit zum Ziel. Trotz guten Meinungen, Ratschlägen

und staatlichen Hilfen muß die Selbsthilfe für den Bürger im Vordergrund stehen; dies gilt auch beim Gemeinwesen.

Die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft (1981 Beschäftigte = 19,7 % aller Beschäftigten der Region im Jahre 1975) ist soweit als möglich zu erhalten, was aber nicht bedeutet, daß die Zahl der Betriebe gleich bleiben soll. Einige Möglichkeiten bestehen im vorgeschlagenen Weiterausbau der Spezialkulturen und in den Intensivbetrieben. Grundsätzlich stellt man fest, daß die Eigentumsverhältnisse nur unwesentlich vom schweizerischen Mittel abweichen. Trotzdem darf einem nüchternen Betrachter nicht entgangen sein, daß immer mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen in spekulative oder zumindest der Landwirtschaft fremde Hände geraten sind. Im Oberland sind wir diesbezüglich bereits an einem Punkt angelangt, der unseren Landwirtschaftsvertretern zu denken geben sollte. Die Gemeinden haben ein Interesse, allen Eigentumsverschiebungen mit wachsamem Auge gegenüberzustehen. Die Tradition hat gewiß viele Nachteile, aber gerade beim Eigentum kommt sie zum Tragen und zeigt die effektive Liebe zur Heimat.

Die Strukturpolitik wird weitgehend durch die Landwirtschafts- und Einkommenspolitik des Bundes gesteuert. Die Region hat direkt keine Möglichkeit zu intervenieren, es sei denn, indirekt über die politischen Organe und Vertreter beim Kanton und beim Bund.

Die bisherige Ausnützung der Kredite für Verbesserungen der Wohnverhältnisse muß als ungenügend bezeichnet werden. Der infrastrukturelle Ausbau sowie die Verbesserung der Wohn- und Betriebsverhältnisse lassen zu wünschen übrig. Die Berglandplanung muß weiter vorangetrieben werden. So sind zum Beispiel die im Oberland zu schaffenden Arbeitsplätze (im Sektor Tourismus) vorrangig der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu reservieren. Die Landwirte sind auf Nebenerwerbsmöglichkeiten angewiesen.

Aus geschichtlichen Gründen ist die Einzelhofsiedlung vorherrschend. Die Zerstückelung des Bodens blieb aber in einem vernünftigen Rahmen. Durch die Strukturveränderungen und dem Anfall einer größeren Anzahl von Pachtlandparzellen wurde die Bewirtschaftung teilweise erschwert.

Neben- und Flurstraßen sind der heutigen und zukünftigen Mechanisierung nicht mehr gewachsen (Vollerntemaschinen, Großtransport, Klärschlamm-Lastwagen). Der Mechanisierungsgrad ist mit der Betriebsstruktur und der Verschuldung eng verbunden. Dank der Investitionskredite konnten viele Landwirte ihre betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern.

Die Produktion unserer Landwirtschaft entspricht mit dem Schwerpunkt Futterbau – Milchwirtschaft (67 % der landwirtschaftlichen

Nutzfläche) den klimatischen Verhältnissen. Die große Stabilität der offenen Ackerfläche seit dem letzten Krieg ist überraschend hoch (ca. 4 800 ha). Landwirtschaftlich gesehen ist die Abgrenzung mittels der 3 Unterregionen (Unter- Mittel- und Oberland) sehr grob; denn es ist zu bedenken, daß im Unterland Weiler bestehen, die höher gelegen und topographisch ebenso benachteiligt sind wie große Gebiete des Oberlandes. Alle Tierarten haben in den letzten Jahren zugenommen und weisen damit auf die erhöhte Produktion hin, die heute noch jedem fünften Einwohner eine Beschäftigung in der Landwirtschaft gewährleistet.

Vermarktung und Verwertung sind in unserer Region durch initiative Kräfte gefördert worden. Trotzdem sind Gemeinschaftseinrichtungen aller Art tatkräftig zu unterstützen. Die Landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in ihrer Stellung als Lieferant wie auch als Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte eine große Bedeutung für jeden Landwirt. Der Umsatz der 8 Genossenschaften im Bezirk erreichte im Jahre 1975 bereits 34 Mio Franken. In der Zwischenzeit wurden bestehende Anlagen ausgebaut, und neue stehen vor der Realisierung. Die Käsereigenossenschaften als Verwerter der 45 Mio kg Milch gehören zu den ältesten Genossenschaften. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn in Zeiten des Milchüberschusses sich neue Ansichten nur langsam durchsetzen. Die im Kreisverband zusammengeschlossenen Genossenschaften gehören zwei Milchverbänden an. Die Milchwirtschaft ist heute ein Politikum und deshalb mehrheitlich von den Entscheidungen auf Bundesebene abhängig.

Die zuständigen Stellen sind bestrebt, bei ihren Entscheidungen auf die mannigfaltigen Standortverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Sie haben deshalb verschiedene Bestandesaufnahmen und Abgrenzungen gemacht.

Die wichtigsten sind hier kurz angeführt:

- die Standardgrenze zwischen Tal- und Berggebieten,
- der Viehwirtschaftskataster, der die Berggebiete in drei Zonen unterteilt,
- die Voralpine Hügelzone,
- das angrenzende Zuchtgebiet,
- die Übergangszone,
- das Alpkataster.

Diese und andere Maßnahmen auf diversen Produktionssektoren sollen es der Landwirtschaft auf benachteiligten Standorten im Mittel- und Oberland erlauben, den Paritätslohn zu erreichen.

Die Einkommens- und Sozialstruktur läßt noch vielerorts zu wünschen übrig. Alle Maßnahmen des Entwicklungskonzeptes sollen direkt oder indirekt den Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung unseres schönen Bezirkes dienen.

Forstwirtschaft

VON ANTON BRÜLHART

a) Bewaldung

Die als «Region Sense» bezeichnete Landschaft, d. h. der Sensebezirk und der Greyerzer Anteil an den Einzugsgebieten der Sense und der Ärgera, mißt 29 683 ha. Davon sind 6 162 ha mit Wald bedeckt. Dieser Waldanteil von 20,8 % liegt knapp unter dem kantonalen Durchschnitt (22 %) und deutlich unter dem Landesdurchschnitt (28 %).

Waldanteil nach Unterregionen

	Waldanteil ha	Bewaldungs- %
Unterland	1 140	13
Mittelland	975	15
Oberland	4 047	28
«Region Sense»	6 162	20.8

Mit 3 % der Oberfläche oder 6 ha ist Zumholz die waldärmste Gemeinde. Am waldreichsten ist Plasselb mit 42 % seiner Fläche oder 771 ha.

Je nach Standort der Wälder bildet die Natur verschiedene Waldtypen aus. In unserer Kulturlandschaft sind diese weitgehend durch menschliche Einflüsse verändert worden. Neben Klima und biotischen Einflüssen wirken sich der geologische Untergrund, der Boden, die Höhenlage und die Topographie entscheidend auf das Waldwachstum aus.

Waldverteilung nach Höhenlage

Meereshöhe (m)	Waldfläche ha	Anteil an der Gesamt- Waldfläche (%)
bis 800	2 282	37
801 bis 1 200	1 834	30
1 201 bis Waldgrenze	2 046	33

Ein wichtiger Faktor für Wachstum und Bewirtschaftung des Waldes ist die Hangneigung. 1 084 ha oder 18 % des Waldes stocken auf Hängen mit über 60 % Neigung.

Hinsichtlich der Geologie unterscheiden wir drei Hauptzonen:

- Molasse- und glaziale Formationen vom Unterland bis zu einer Linie St. Silvester–Plasselb–Plaffeien;
- Flyschformationen südlich daran angrenzend;
- Kalk südlich der Linie Balisa–Schwarzsee–Hohmattli–Mähre.

b) Waldeigentum

Die Eigentumsverhältnisse wirken sich im Wald stark auf dessen Aufgaben und Bewirtschaftung aus. Die «Region Sense» zeichnet sich aus einerseits durch einen ausgesprochenen Reichtum an Privatwald und andererseits durch einen hohen Staatswaldanteil. Eher schwach vertreten ist der übrige öffentliche Wald (Gemeinden, Pfarreien u. a.).

Eigentumsverhältnisse

Unterregion	Privatwald		Gemeinden etc.		Staatswald		Total	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Unterland	1 043	91	68	6	29	3	1 140	100
Mittelland	775	79	174	18	26	3	975	100
Oberland	1 462	37	1 075	27	1 510	37	4 047	100
«Region Sense»	3 280	54	1 317	21	1 565	25	6 162	100

Im Kanton Freiburg beträgt der Privatwaldanteil nur 35 %, im Landesdurchschnitt nur 27 %. Unter den waldbesitzenden Gemeinden sind vor allem Plasselb, Oberschrot und Plaffeien sowie die Burgergemeinde Freiburg hervorzuheben. Der Staatswald besteht zur Hauptsache aus Aufforstungen zur Sanierung gefährdeter Einzugsgebiete im Flysch (Höllbach, Plasselbschlund, Ettenberg).

c) Waldfunktionen

Holzproduktion

Obwohl für die Holznutzungen im Privatwald nur Schätzungen zur Verfügung stehen, wurde versucht, die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1965/75 näherungsweise zu ermitteln.

Holznutzungen 1965/75 in der «Region Sense» (Schätzung) in Kubikmeter

	Nadelholz	Laubholz	Sagholz	Industrieholz	Brennholz	Total
Privatwald	8 300	1 400	6 500	1 000	2 200	9 700
Öffentlicher Wald	8 200	700	6 000	2 000	900	8 900
Total m ³	16 500	2 100	12 500	3 000	3 100	18 600
%	89	11	67	16	17	100

Die Gesamtnutzung von jährlich 18 600 m³ entspricht einer Entnahme von 3 m³ pro ha und Jahr. Der mittlere jährliche Holzzuwachs kann mit mindestens 7 m³ pro ha und Jahr angenommen werden. Somit beträgt die *mögliche* Nutzung pro Jahr rund 43 000 m³ oder mehr als das Doppelte der bisherigen Nutzung. Indessen zeigen die letzten Jahre eine steigende Tendenz an, erreichen jedoch das waldbaulich wünschbare Maß (Durchforstungen!) noch lange nicht.

Schutzaufgaben

Alle Wälder der Region üben eine oder mehrere Schutzfunktionen aus. Die bedeutendsten werden von den Gebirgswäldern, namentlich im Flyschgebiet, wahrgenommen:

- Brechen der Hochwasserspitzen nach Gewittern und Eindämmung der Geschiebeführung und der Überschwemmungen;
- Verhinderung der Bodenerosion;
- Schutz vor Boden- und Hangrutschungen;
- Schutz vor Schneegleiten und Lawinen;
- Schutz vor Steinschlag.

In bald neunzigjähriger zäher Arbeit hat der Staat in den Voralpentälern ausgedehnte Entwässerungen, Verbauungen und Aufforstungen angelegt, welche heute ihre segensreiche Schutzwirkung ausüben. Vergessen wir jedoch nicht alle andern Schutzaufgaben des Waldes wie Verhinderung der Ausblasung durch den Wind, Reinhaltung von Quellen und Grundwasser, Abschirmung von Lärm und Luftverunreinigung und die Erneuerung der Atemluft.

Erholungswald

Nicht nur im touristisch entwickelten Voralpengebiet, sondern auch im ganzen Siedlungsraum des Mittellandes bieten die Wälder einer erholungssuchenden Bevölkerung die nötige Ruhe, Naturnähe und Ausspannung. Die zunehmende Ausrüstung mit Lehr- und Erholungspfaden zeugt von

der großen Bedeutung des Waldes für das Wohl unserer Leute. Große Anstrengungen sind in den letzten Jahren unternommen worden, um unsere Wälder von Unrat frei zu halten.

d) Zukunftsaufgaben

Die forstlichen Zukunftsaufgaben in der «Region Sense» umfassen einerseits die Weiterführung der hoffnungsvoll begonnenen Anstrengungen und andererseits die Anpassung an neue Erfordernisse, denen sich heute der Wald gegenübergestellt sieht.

Zur ersten Gruppe gehören vor allem die waldbauliche Verbesserung der Bestände, die Pflege und Erhaltung bisher geschaffener Schutzwälder und die Förderung eines qualifizierten Forstpersonals. Als teilweise neue Aufgabe hat sich der Wald auf seine vermehrte Beliebtheit als Erholungsraum und als notwendiges Hinterland für den Tourismus einzustellen, jedoch ohne seine übrigen Aufgaben zu vernachlässigen. So zeichnen sich für die Zukunft die folgenden Bereiche forstlicher Anstrengungen ab:

Berglandsanierung

Das Voralpengebiet bedarf umfassender Sanierungs- und Ausrüstungsmaßnahmen. Insbesondere muß in der Flyschzone, welche über 60 km² einnimmt, die Geländestabilität und der Wasserhaushalt durch zusätzliche Aufforstungen und Entwässerungen verbessert werden. In dieser Hinsicht hat die Forstwirtschaft im Oberland bereits Großes geleistet, hat aber noch sehr viel beizutragen. Diese Anstrengungen haben im Rahmen einer umfassenden Koordination aller übrigen Maßnahmen in der Berglandwirtschaft, Bachverbau, Tourismus und Erschließung zu erfolgen. Ziel ist eine erhöhte Sicherheit, mehr Wohnlichkeit und bessere Produktivität von Alp- und Forstwirtschaft. Neben gezielten Aufforstungsarbeiten wird ein besonderes Schwergewicht auf die Erschließung mit Straßen zu legen sein.

Walderschließung

Nicht nur im Voralpengebiet sondern in der ganzen Region fehlten vielerorts Waldstraßen. Nur etwa ein Viertel unserer Waldfläche ist einigermaßen befriedigend mit lastwagenfahrbaren Straßen erschlossen. Bei einer erforderlichen Wegdichte von 30 bis 50 m' pro ha im Gebirge und von 50 bis 70 m' im Hügelland wären zusätzlich noch rund 200km Forststraßen zu erstellen. Gegenwärtig verfügen wir über rund 100 km Straßen verschiedener Kategorien, die Wälder erschließen, darunter 44

km eigentliche Forststraßen. Die Baukosten von Forststraßen betragen pro Laufmeter je nach Gelände, Untergrund und Ausbaustandard zwischen Franken 60.— und 400.—

Privatwaldförderung

Unser Privatwald weist in mancher Hinsicht einen Nachholbedarf auf, sowohl bezüglich der Nutzung, der Bestandespflege als auch der Ausrüstung mit Straßen und Maschinen. Zudem ist er stark parzelliert und in kleine Besitzeseinheiten aufgesplittert, was die Bewirtschaftung außerordentlich erschwert und oft auch das Interesse des Eigentümers an seinem Waldbesitz lähmt. Daher ist gleichzeitig mit der Erschließung die überbetriebliche Zusammenarbeit in verschiedenen Formen zu fördern. Auch auf dem Gebiet der Ausbildung der Eigentümer im Waldbau, in der Ausführung der Waldarbeiten und im Verkauf der Produkte sind Anstrengungen nötig.

Anpassung an den Erholungsbetrieb und den Tourismus

Obwohl unser Wald nicht zu Gunsten seiner Erholungswirkungen in einen Park umgewandelt werden darf, gilt es doch, gewisse besonders beliebte Wandergebiete in dieser Hinsicht besonders zu schonen und in einem vernünftigen Rahmen mit Einrichtungen auszurüsten, welche den Wanderern den Aufenthalt im Wald noch angenehmer machen. Es sind zwei Typen von Erholungswäldern zu unterscheiden.

- Der siedlungsnahe Erholungswald. Jede größere Ortschaft kennt «ihren» Wald, welcher durch Maßnahmen der öffentlichen Hand entsprechend zu schonen ist (Lärm, Überbauung der Umgebung, Verkehr). In gewissen Fällen ist das Anbringen von Hinweistafeln, Rastplätzen, Feuerstellen Brunnen usw. angezeigt.
- Bewaldete Landschaften im Erholungsgebiet der Voralpen als Hinterland der touristischen Zentren. Auch hier bedürfen die Wälder aus ähnlichen Gründen besonderer Schonung und teilweise einer entsprechenden Ausrüstung, angepaßt an die jeweiligen Bedingungen. Offen bleibt hier meist noch die Frage der Finanzierung und des Unterhaltes einer solchen touristischen Ausstattung.

Im Rahmen des Entwicklungskonzeptes der «Region Sense» sind detaillierte und konkrete Maßnahmen im Sinne der vorstehenden Ausführungen vorgesehen. Daß nur eine etappenweise Verwirklichung Aussicht auf Erfolg haben wird, steht außer Frage. Wichtig ist jedoch, daß trotz der zeitlichen Staffelung alle Maßnahmen zielgerichtet und untereinander abgestimmt erfolgen.

Industrie und Handwerk

VON PETER JAEGGI

Industriebetriebe gemäß Eidgenössischem Arbeitsgesetz gab es 1975 in der Region 34 gegenüber 26 im Jahre 1965, wobei eine günstige Verteilung auf die einzelnen Produktionszweige festzustellen ist. Hauptsächliche Betriebszweige sind Maschinen, Apparate, sowie Steine und Erden und schließlich graphisches Gewerbe und Papier.

Die Industriebetriebe verteilen sich auf je 4 im Ober- und Mittelland, während 26 Betriebe ihren Standort im verkehrsmäßig günstigeren Unterland in der Nähe von Bahn und Autobahn gewählt haben, mit Schwerpunkt in Düringen, Wünnewil-Flamatt und Schmitten.

Im Jahre 1975 hat die Industrie 1 697 Arbeitsplätze angeboten, 5 % im Oberland, 18 % im Mittelland und 76 % im Unterland. 1970 wurden noch 1 957 Industrie-Arbeitsplätze angeboten, also ist ein deutlicher Rückgang im Rahmen der Rezession festzustellen. Lediglich 13,6 % der Arbeitsplätze wurden durch Ausländer besetzt, gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt von rund 35 % ein deutlicher Abstand. Rund 20 % aller Beschäftigten in der Industrie sind Frauen. Ein Drittel des gesamten Industriepersonals sind zwischen 20 und 29-jährig.

Zusammen mit dem industriellen Handwerk ist die Industrie bedeutendste Branche in der Region. Jeder dritte Sursiler arbeitet in Industrie und Handwerk und ebenfalls ein Drittel aller Saläre werden durch die Industrie ausbezahlt.

Eine bedeutende Rolle spielt in Industrie und Handwerk die Pendlerbewegung. Lediglich 43 % der Beschäftigten sind Lokalbeschäftigte, wobei im Oberland der Anteil an Tagespendlern besonders hoch ist. Aber auch aus dem Unterland pendeln viele Sursiler zur Arbeit außerhalb der Region vorab nach Freiburg und Bern.

Das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften kann als gut bezeichnet werden. Der Ausbildungsgrad der in Industrie und Handwerk Beschäftigten hat sich verbessert.

Die Verkehrslage einiger Gemeinden im Unterland ist in bezug auf Industrieansiedlungen sehr günstig. Dazu kommt, daß die steuerliche Belastung von Aktiengesellschaften 15 % unter dem schweizerischen Mittel liegt. Die Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Industrie- und industrieller Handwerksbetriebe sind somit als günstig zu bezeichnen.

Als Ziel des Industriekonzeptes der «Region Sense» ist die Erhöhung der Arbeitsplätze bis 1995 um 800 festgelegt. Dabei soll die bisherige

günstige Struktur von Klein- und Mittelbetrieben möglichst beibehalten werden. Die Ansiedlung größerer Industriebetriebe ist vorab im Unterland zu konzentrieren. Als wichtig wird auch festgehalten, daß die industriellen Betriebe möglichst ihre Hauptsitze innerhalb der Region errichten.

Zur Erreichung dieser Zielsetzungen soll ein Regionalbüro in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Amt für Wirtschaftsförderung eingesetzt werden. Die Gemeinden an verkehrsgünstigen Standorten sollen die Erschließung von Industrieland vorantreiben. Das entsprechende Angebot an preisgünstigem, erschlossenem Industrieland muß vergrößert werden. Ein besonderes Augenmerk ist schließlich auf die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte zu legen, und dem bisherigen Mangel an mittlerem und höherem Kader ist entgegenzuwirken.

Baugewerbe

Von ELMAR BOSCHUNG

Dem Baugewerbe kommt innerhalb der «Region Sense» eine große Bedeutung zu. Es stellt die drittgrößte Arbeitsplatz- und Einkommensquelle dar. In der Zeit von 1965 bis 1975 hat aber sowohl die Zahl der Betriebe wie auch diejenige der Beschäftigten nur sehr geringfügig zugenommen. Es existiert eine zweckmäßige Verteilung von Klein- und Mittelbetrieben über das ganze Gebiet der Region. Dabei ist die Zahl der Kleinbetriebe vorherrschend. Das Bauwesen stellt 17,5 % aller Arbeitsplätze im Bezirk. Dies bedeutet die stattliche Zahl von 1 772 Beschäftigten. Hievon sind 55 % im Hoch- und Tiefbau und 40 % im Bauhandwerk tätig. (Zahlen aus dem Jahr 1975).

Die Anzahl der Freierwerbenden beläuft sich auf 195. Das Einkommen bildet 19,8 % des gesamten Einkommens aller Branchen in der Region. Es stellt dies einen Betrag von rund 50 Mio Franken dar. Das Durchschnittseinkommen liegt über demjenigen aller anderen Branchen. 14,5 % Nebenberufstätige im Bezirk finden ihren Arbeitsplatz im Bauwesen. Der Anteil der Frauen ist mit 2 % sehr gering. Sie sind vor allem im Bureau tätig. Unser Baugewerbe ist sehr stark auf Aufträge sowie auf Arbeitsplätze von außerhalb der Region angewiesen. 44 % aller Beschäftigten dieser Branche arbeiten auswärts. Diese Tatsache erklärt die großen Pendlerbewegungen. Nur ungefähr die Hälfte aller Beschäftigten arbeiten in ihrer Wohngemeinde. Auffallend hoch ist die Zahl der Tageswegpendler im unteren Bezirk nach außerhalb des Kantons (326 Personen von 854, d. h. 38 %).

Die Altersstruktur der Beschäftigten in der Baubranche lautet wie folgt: 20 % sind über 50 Jahre alt, 40 % zwischen 30 und 50 Jahren, 40 % unter 30 Jahren. Die Installationsunternehmen (Heizung, Elektriker etc.), üben eine große Anziehungskraft auf die unter 30jährigen aus.

Der Ausbildungsstand hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. 45 % der Arbeitskräfte haben keine Berufsbildung, 50 % Berufsbildung, 5 % erweiterte Ausbildung. Der Anteil der Beschäftigten mit nur Primarschulbildung nimmt innerhalb jeder jüngeren Altersklasse ständig ab.

Die Baubranche in der «Region Sense» ist stark auf den Hoch- und Tiefbau ausgerichtet. Das Ausbaugewerbe erreicht nur einen Anteil von 13 %.

Das Angebot an Lehrplätzen ist mit 27,5 % aller Lehrlinge im Vergleich zum Beschäftigungsanteil von 17,5 % gut.

Es ist anzunehmen, daß das Bauwesen unserer Region für die Zukunft eher eine zu große Kapazität aufweist. Der langfristige Baubedarf innerhalb der Region ist kleiner als das Angebot. Wir exportieren schon jetzt namhafte Bauleistungen (auch außerhalb des Kantons). Dies bedingt, daß unser Bauwesen in Zukunft vermehrt auf die Entwicklung der anderen Branchen angewiesen sein wird. Dies um einen notwendigen Teil seiner Beschäftigten anderen Wirtschaftszweigen zuführen zu können.

Für die Erhaltung und Förderung des Baugewerbes in der «Region Sense» sind folgende Zielsetzungen und Maßnahmen erforderlich:

- Der Ausbau des Baugewerbes soll nicht forciert werden, hingegen sollen die Arbeitsplätze erhalten bleiben.
- Die vielfältige Branchenstruktur sowie die heutige zweckmäßige Verteilung über die ganze Region sind nach Möglichkeit zu erhalten.
- Bei Arbeitsvergebungen durch die öffentliche Hand sind die Unternehmungen der Entwicklungsregion möglichst zu berücksichtigen.
- Es sind nach wie vor große Anstrengungen nötig, um sich durch Aufträge von außerhalb der Region abzusichern.
- Um im Konkurrenzkampf besser bestehen zu können, sollten sich die Unternehmer vermehrt zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen (Großaufträge speziell von Kanton und Bund).
- Das heutige Lehrstellenangebot soll erhalten bleiben um zu verhindern, daß wir in einigen Jahren zu wenig ausgebildete Baufach-Arbeitskräfte haben.
- Die Nebenerwerbsmöglichkeiten sind zu erhalten und zu fördern.
- Die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes sind voll auszunützen.
- Das Baubewilligungsverfahren soll noch vereinfacht und beschleunigt werden.

Alle diese Maßnahmen zusammen mit der Realisierung der im Entwicklungskonzept vorgesehenen Bauprojekte wie Bachverbauungen, Straßenbau, Alperschließungen, Walderschließungen, Erschließung von Industrie- und Wohnzonen, Hotelbau, Bahnen, Schulhausbauten, Turn- und Mehrzweckhallen, Alterswohnungen usw., zusammen mit den eventuellen namhaften Aufträgen von Bund und Kanton, werden die Zukunftsaussichten unseres Baugewerbes in der «Region Sense» günstig beeinflussen.

Dienstleistungen

Von ELMAR BOSCHUNG

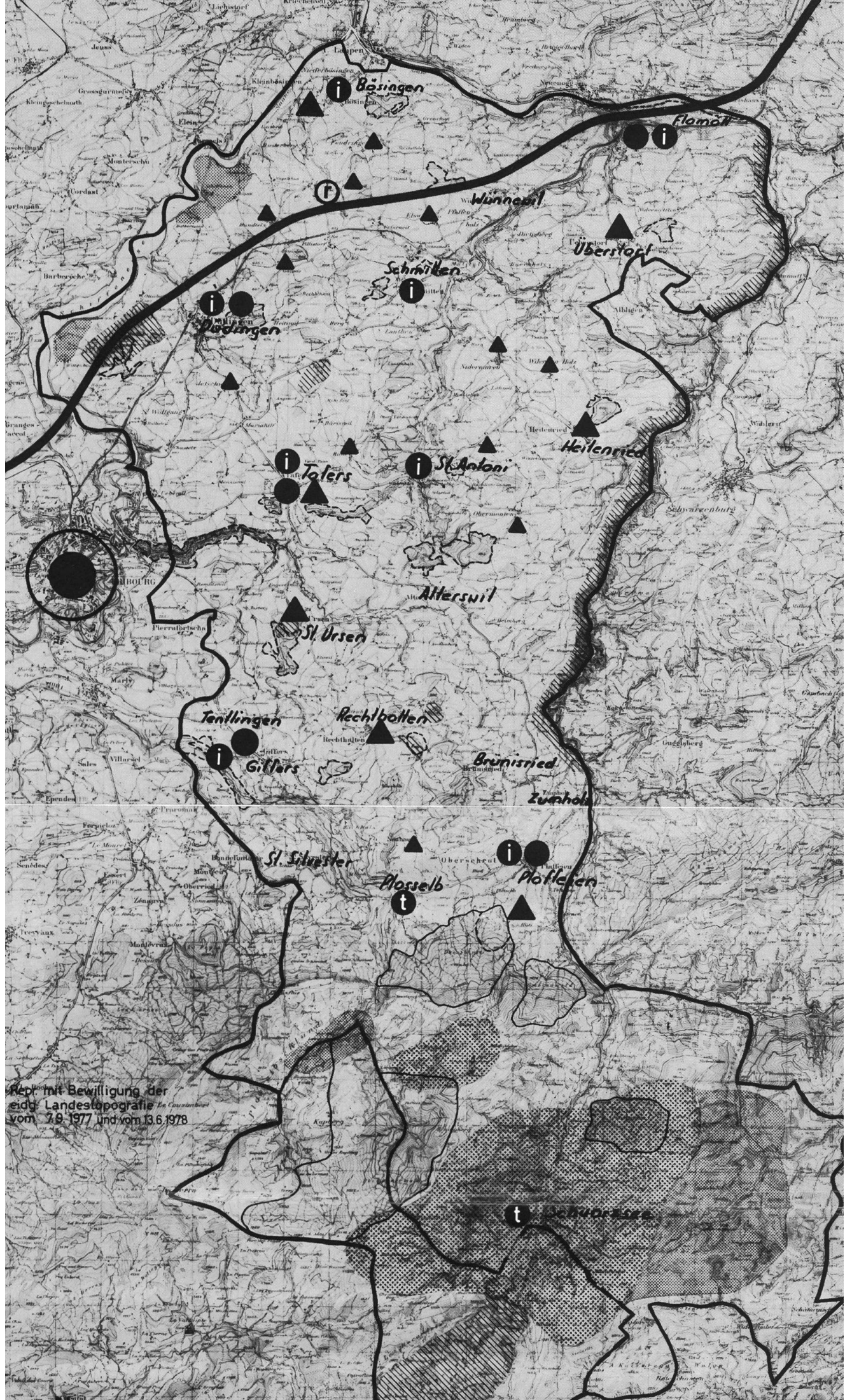
Der Sektor Dienstleistungen unseres Entwicklungskonzeptes setzt sich aus den Teilbereichen Handel-Banken, Verwaltung-Erziehung-Gesundheitswesen sowie Transport-PTT zusammen. Es sind auch einige Aspekte berücksichtigt, die gleichzeitig unter Tourismus behandelt werden.

Die Zahl der Dienstleistungsbetriebe hat in der Zeit zwischen 1965 und 1975 um rund 58 % zugenommen, das heißt von 352 auf 556 Betriebe. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 2,8 auf 3,3 Arbeitsplätze. Die Verteilung der Dienstleistungsbetriebe in unserer Region entspricht der Bevölkerungsverteilung. Im Unterland ist der Zuwachs der Betriebe am größten. Hier befinden sich auch die größten Betriebe. Das «Lädelerben» hat auch an den Grenzen unserer Region nicht halt gemacht, ihre Zahl ist um rund 174 zurückgegangen. Die Zahl der in der Region im Dienstleistungssektor Beschäftigten stieg von 997 auf 1 865, also um 86 %. Somit finden in diesem Sektor 26 % aller Beschäftigten der Region ihren Arbeitsplatz. Das Unter- und das Mittelland haben das Arbeitsplatzangebot praktisch verdoppelt, dagegen sind die Arbeitsplätze im Oberland rückläufig. Die Versorgung mit Dienstleistungsbetrieben ist allgemein gesehen heute als ausreichend zu bezeichnen. Ein weiterer Zuwachs ist auf Impulse aus anderen Wirtschaftsbereichen angewiesen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Dienstleistungsbetriebe in der Region ist unterschiedlich.

Die Branche *Handel-Banken* ist verhältnismäßig wenig entwickelt. Mit dem gut ausgebauten Netz der Raiffeisenkassen ist jedoch die Versorgung gewährleistet. Gerade die Branche Banken ist weitgehend von anderen Wirtschaftszweigen abhängig. Im Gegensatz zum Unter- und Mittelland, befindet sich im Oberland keine Handelsbank.

Der Detailhandel hat im Sensebezirk nach wie vor seine Bedeutung behalten. Er beschäftigt 634 Leute, wovon 298 Frauen. Wenn die Zweige



Repl. mit Bewilligung der eidg. Landesopografie vom 7.9.1977 und vom 13.6.1978

Versicherungen, Banken und Großhandel ein überdurchschnittliches Haupteinkommen pro Beschäftigten aufweisen, so ist der Detailhandel durch ein niedriges Einkommen charakterisiert. Die Kleinbetriebe werden in Zukunft vermehrt durch die Konkurrenz größerer Detaillisten gefährdet sein. Da in der Agglomeration Freiburg eine gewisse Sättigung an Einkaufszentren vorhanden ist, wird in naher Zukunft kaum ein regionales Einkaufszentrum in unserer Region verwirklicht werden. Zudem würde dadurch die gute räumliche Versorgung beeinträchtigt werden.

Der Sektor *Verwaltung - Erziehung - Gesundheitswesen* ist gut vertreten. So sind im Sektor öffentliche Verwaltung, Gemeinde-Kanton-Bund, 504, im Gesundheitswesen 385 und im Bildungs- und Erziehungswesen 285 Leute beschäftigt, was ein Total von 1174 Beschäftigten ausmacht. Dazu kommen noch die freien Berufe und der Kultus mit 234. Also total 11 408 beschäftigte Personen in diesem Sektor. Mit Ausnahme im Gesundheitswesen und Kultus ist das Einkommensniveau in dieser Branche überdurchschnittlich hoch. Ohne Zweifel hat dieser Sektor in der lokalen Wirtschaft eine große Bedeutung. In diesen Zweigen arbeiten sehr viele Frauen (44 %). Besonders hoch ist ihr Anteil im Gesundheitswesen (80 %) und in Bildung und Erziehung (54 %).

Der Sektor *Transport-PTT* ist in der Region nicht von großer Bedeutung. Der Hauptanteil der Beschäftigten ist bei der PTT angestellt, nämlich 223 von 472 Personen. Das Einkommen ist in der Branche recht hoch und gut verteilt. Frauen werden vor allem durch die PTT beschäftigt, 96 von 223 (43 %).

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor arbeiten außerhalb der Region. Einzig der Zweig Verwaltung - Erziehung - Gesundheitswesen bildet mit seinen 53 % in der Region Beschäftigten eine Ausnahme. Die Hauptanziehungspunkte sind Bern und Freiburg. Rund ein Viertel aller Beschäftigten in dieser Branche arbeiten außerhalb des Kantons.

Die Dienstleistungsbranchen gehören zu jener Gruppe, die viele qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen. Der Nachwuchs ist in allen drei Branchen gesichert. Als Schwerpunkte in den einzelnen Subregionen sind zu bezeichnen: Oberland: Verkehr und Gastgewerbe, Mittelland: Gesundheitswesen und Öffentliche Verwaltung, Unterland: Handel, Banken und Versicherungen. Das Ziel des Entwicklungskonzeptes der «Region Sense» im Dienstleistungssektor ist die Schaffung von 320 weiteren Arbeitsplätzen bis 1995. Um dieses hochangesetzte Ziel zu erreichen werden folgende Maßnahmen ins Auge gefaßt:

- Die Gemeinden fördern entsprechend der lokalen Nachfrage Dienstleistungsbetriebe in ihrem Bereich.

- Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ist in den Dörfern sowie in größeren Weilern durch lokale Detailgeschäfte sicherzustellen.
- Von einem regionalen Großeinkaufszentrum ist abzusehen.
- Dienstleistungsbetriebe wie Apotheken, Drogerien, Sportgeschäfte, Kiosks etc., die auf einen überlokalen Absatzmarkt ausgerichtet sind, sind in zentral gelegenen Orten zu fördern.
- Je nach Möglichkeit ist eine Handelsbank im Oberland in Zusammenarbeit mit der touristischen Entwicklung zu schaffen.
- Der Ausbau der touristischen Werbung durch die bestehenden Banken ist zu fördern.
- Ansiedlung gewisser Kantonalen und Eidgenössischer Dienstleistungsbetriebe in der «Region Sense».
- Intensivieren der Selbsthilfemaßnahmen jedes einzelnen Detaillisten sowie der Verbände, um die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu steigern.
- Enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verbänden des Handels, des Gewerbes und der Industrie in der Region.

Nebst all diesen erwähnten Maßnahmen ist zweifelsohne eine gewisse Solidarität der Senslerbevölkerung notwendig, damit die bisherigen Dienstleistungsbetriebe erhalten bleiben und eine gute Ausgangslage für neue Betriebe geschaffen wird. Bei all unseren Überlegungen dürfen wir den Einfluß der Stadt Freiburg als Dienstleistungszentrum nicht außer Acht lassen.

Der Dienstleistungssektor (ohne Tourismus) ist ein typischer Induktionsbereich, d. h. die weitere Entwicklung wird im wesentlichen von der Entwicklung in anderen Sektoren abhängen.

Tourismus

VON HEINRICH PILLER UND XAVER RUFFIEUX

Im Teilkonzept Tourismus wurden Ziele und Maßnahmen vorgeschlagen, durch die sich die «Region Sense» zu einem konkurrenzfähigen touristischen Raum entwickeln kann. Die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen müssen sowohl die touristische Entwicklung fördern als auch für die einheimische Wohnbevölkerung von Nutzen sein (siehe Konzeptplan Attraktivität/Tourismus auf Seite 48/49).

Im Verlaufe der Konzepterarbeitung wurde sehr bald festgestellt, daß die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung des eigentlichen Berggebietes sehr stark begrenzt sind. Dies zeigt auch der gegenwärtige

Beschäftigungsstand: rund 80 % der Arbeitsplätze der «Region Sense» befinden sich im Unter- und Mittelland. Auch in Zukunft werden sich neue Industriebetriebe eher der Bahnlinie und der Autobahn entlang ansiedeln. Deshalb ist das Oberländergewerbe zu fördern, um hier Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Im weiteren wurde auch festgestellt, daß der Tourismus (Fremdenverkehrsindustrie) ein noch schlummerndes wirtschaftliches Potential darstellt. Die Möglichkeit, im Tourismus Arbeitsplätze zu schaffen, muß vor allem im Oberland ausgenützt werden. Damit kann man dem dortigen Gewerbe Arbeit sichern, die wirtschaftliche Lage der Oberländerbevölkerung verbessern und auch die Wohnattraktivität steigern. Dies sind bereits wesentliche Zielsetzungen einer künftigen touristischen Entwicklung in der Region. Es dürfte klar sein, daß das Schwergewicht der touristischen Förderungsmaßnahmen ins Oberland gelegt werden muß, weil hier die besten Entwicklungsvoraussetzungen herrschen. Dabei sollte die geförderte Art Tourismus der ansässigen Bevölkerung bleibende wirtschaftliche Vorteile bringen. Schwergewichtig sind also Maßnahmen und Einrichtungen zu fördern, welche neue Arbeitsplätze zu schaffen vermögen.

Bis heute hat der Tourismus in unserem Bezirk keine große wirtschaftliche Bedeutung erlangt. Die 274 Haupttätigen dieser Branche machen lediglich 2,7 % aller Beschäftigten des Bezirks aus. Einzig Pfaffien und Plasselb erreichen einen Anteil von etwas über 6 % aller Erwerbstätigen ihrer Gemeinde. Die Tatsache, daß 64 % aller Beschäftigten im Tourismus auf das Gastgewerbe entfallen, schmälert die Bedeutung des eigentlichen Tourismus nochmals. Mangelnde infrastrukturelle Anlagen und fehlende Werbung auf Bezirks- und Kantonsebene lassen diese Feststellungen teilweise erklären.

Zukünftig wird die Entwicklung stark von der Qualität des touristischen Angebotes abhängen. Der Ausbildung der jungen Leute und dem Lehrstellenangebot ist deshalb besondere Beachtung zu schenken. Mit den vorgesehenen Erweiterungen im Beherbergungs- und Verpflegungssektor, dem Ausbau von touristischen Anlagen und den übrigen Dienstleistungen hofft man auf eine Verdoppelung des Arbeitsplatzangebotes.

Welche Art von Tourismus ist nun in der Region zu fördern? Wir müssen den Fremdenverkehr von zwei verschiedenen Seiten her betrachten: Einerseits sucht der Tourist im Ferienort Ruhe und Erholung von körperlicher und geistiger Belastung. Er sehnt sich nach Abwechslung und Ausgleich zu seiner einseitigen Arbeitswelt, und je länger je mehr sind es die sportbezogenen und aufenthaltsbetonten Formen im Tourismus, die den Gast anziehen. Die Ferienorte müssen deshalb eine Vielfalt von Betätigungsmöglichkeiten anbieten. Nebst gepflegten Wanderwegen und einer unverschandelten Landschaft sind auch die saison-

und wetterunabhängigen Anlagen von großer Bedeutung. Hier in den Bergen erwartet er begreiflicherweise eine unberührte Landschaft, in der aber andererseits ein Völklein sein wirtschaftliches Auskommen finden muß. Das Empfinden eines Touristen ist deshalb nicht mit dem der anässigen Bevölkerung zu vergleichen. Für den Einwohner ist der Fremdenverkehr dann wünschenswert, wenn er daraus Nutzen ziehen kann und er selber auch von den touristischen Einrichtungen profitiert. Trifft dies nicht zu, so wird es auch in Zukunft schwer sein, die Bevölkerung für den Tourismus zu motivieren.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Blickwinkel erscheinen folgende Arten Tourismus in der «Region Sense» förderungswürdig: Im *Oberland*, wo gegenwärtig der Ausflugstourismus vorherrscht, soll der *Ferientourismus* mit Nachdruck gefördert werden. Dies bedingt, daß das Bettenangebot in den Hotels vergrößert und der Bau von Zweitwohnungen weiterhin unterstützt wird. Zusätzlich ist eine massive Verbesserung der Bettenbelegung sowohl in der Hotellerie als auch in der Parahotellerie zu fördern. Dies geschieht am ehesten durch die Schaffung von Vermieterorganisationen. Um die Attraktivität der touristischen Region zu steigern sind z. B. folgende Anlagen zu erstellen: Spazierwege, Spielplätze, Schlechtwetteranlagen usw. Auf organisatorischer Ebene ist die Bildung von aktiven Verkehrsvereinen und eine Koordination und Zusammenarbeit aller am Tourismus Interessierten anzustreben. Bereits bestehen die Verkehrsvereine «Schwarzsee – Plaffeien und Umgebung» (Freunde des Schwarzsee), welcher das Gebiet der Gemeinden Oberschrot, Plaffeien, Zumholz und Brünisried umfaßt, sowie «Plasselb». Ein Anliegen in verkehrstechnischer Hinsicht ist die Verbindung zwischen Sense – und Jauntal. Damit würde eine enge Zusammenarbeit möglich, welche weitere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen würde.

Im *Unter- und Mittelland* bestehen Voraussetzungen, die die Förderung des *Passantentourismus* als richtig erscheinen lassen. Die Signalisierung eines heute bereits vorhandenen Wander- und Spazierwegnetzes und dessen weiterer Ausbau würde sich sicher lohnen. Ob der Senslerbauer einmal den Schritt zu den «Ferien auf dem Bauernhof» wagen wird, wie dies im Bayerischen und in Österreich heute schon mit großem Erfolg getan wird, ist noch eine offene Frage. Ein wichtiger Trumpf, um dem Sensler Fremdenverkehr zum Durchbruch zu verhelfen, hängt zweifellos vom Entstehen der Autobahnraststätte Fillistorf ab. Von hier aus könnten Impulse gestartet werden; der Tourist könnte auf unser Land aufmerksam gemacht werden, wie es auf eine andere Art kaum möglich ist.

Tourismus (Fremdenverkehr) ist im Rahmen des Entwicklungskonzeptes von der wirtschaftlichen Seite betrachtet worden. Dieser Touris-

mus soll zum Nutzen der ansässigen Bevölkerung gefördert werden. Es ist eine unabdingbare Voraussetzung, daß unser größtes touristisches Kapital, unsere faszinierende Landschaft, möglichst erhalten bleibt. Dies sollte mit gutem Willen, Verständnis und Absprachen möglich sein, ohne dabei die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Gegend zu hemmen.

Ein eigennütziger Tourismus und ein Tourismus um des Tourismus willen würde der eigentlichen Zielsetzung des Entwicklungskonzeptes der «Region Sense», der Förderung des Berggebietes, kaum entsprechen.

Bildungswesen, kulturelles Leben und Freizeitgestaltung

Von HUGO VONLANTHEN

Das Teilkonzept Bildungswesen umfaßt 10 Bereiche: Kindergarten (1), Hilfs- und Sonderschule (2), Schulpsychologischer Dienst (3), Primarschulen (4), Orientierungsstufe (5), Musikschulen (6), Berufsschulen (7), Mittelschulen (8), Universität (9) und Erwachsenenbildung (10).

Die meisten Zielsetzungen und Maßnahmen haben programmatischen Charakter im Sinne eines bildungspolitischen Leitbildes für die kommenden Jahre als Weiterentwicklung des Bestehenden.

In bezug auf die schulische Infrastruktur geht es kurzfristig darum, in der Subregion Oberland das gleiche Angebot zu schaffen wie in der Subregion Mittel- und Unterland: d. h. Ausbau des Ganztageskindergartens, vergleichbare Schulzimmerausstattung und Unterrichtshilfen sowie Sportanlagen; Erweiterung des Orientierungsschulzentrums (OS) Plaffeien; Dezentralisierung der außerschulischen Dienstleistungen, insbesondere des Schulpsychologischen Dienstes, des Logopädischen Dienstes und der Jugendmusikschulen. Eine Vereinheitlichung der Schulstruktur (Primarschule und Orientierungsschule) auf 6+3 oder 5+4 Jahre stößt auf unüberwindliche Hindernisse verschiedenster Art, jedenfalls will die «Region Sense» großmehrheitlich bei der angestammten Struktur verbleiben; realistisch anzustreben ist einzig eine Angleichung der Lehrpläne für das 5. und 6. Schuljahr.

Im Mittelschulbereich (Gymnasien/Lehrerseminar) erreicht Deutschfreiburg einen erstaunlichen Schüleranteil an der 16jährigen Bevölkerung im 10. Schuljahr (Durchschnitt von 17,4 %) und übersteigt damit den westschweizerischen Durchschnitt, ohne Genf (16,2 %), den Durchschnitt der Hochschulkantone (12 %) und den der deutschen Schweiz, ohne Basel (7 %); dieser deutschschweizerische Durchschnitt entspricht in etwa dem Mittelschüleranteil der Subregion Oberland, während die

Subregion Mittel- und Unterland sowie die anderen deutschsprachigen Regionen des Kantons mehr als das Doppelte an Mittelschulabsolventen hervorbringen, ein Gefälle, das vor allem auf soziokulturelle Gründe zurückzuführen ist.

Dagegen hat der Kanton Freiburg im Berufschulwesen einen auffallenden Nachholbedarf: Bei einem schweizerischen Durchschnitt von 49,5 % Lehrabschlußprüfungen bei den 19/20jährigen 1975, weist Freiburg lediglich 34,9 % auf, wobei der Mädchenanteil die 30 %-Grenze noch unterschreitet; im Sensebezirk liegt der Anteil gegenüber dem kantonalen Durchschnitt erfreulicherweise etwas höher (37 %). Aufgrund eines gesamtschweizerischen Trends im Gefolge der Arbeitsmarktlage wird sich wohl in den kommenden Jahren die Entwicklung von selber zugunsten des Berufschulwesens verlaufen. Zur Förderung der Lehrabschlüsse sind kurzfristig zwei Ziele anzustreben: 1. die Ermöglichung einer deutschsprachigen Ausbildung an den Lehrwerkstätten des Technikums, zählt doch diese kantonale Schule nur 8,2 % deutschsprachige Schüler, so daß nach dem Bevölkerungsanteil die Schülerzahl verdreifacht werden müßte ($3 \times 8,2 \% = 32,6 \%$); 2. die Verwirklichung des in Planung stehenden 10. Schuljahres als Weiterbildungs- oder Berufswahlschule, um einerseits den noch Unschlüssigen oder Stellenlosen und andererseits den Anwärtern auf eine Berufslehre, die erst mit 18 Jahren angetreten werden kann, eine Übergangslösung anzubieten.

Parallel dazu muß das Lebenlanglernen, die «*éducation permanente*», im Rahmen der Erwachsenenbildung und insbesondere der Volkshochschule gefördert werden. Hiezu ist die Schaffung eines Kulturförderungsgesetzes unumgänglich. Voraussetzung für eine vermehrt aktive Freizeitgestaltung ist der gezielte Ausbau bestehender Schulbibliotheken zu einer Gemeindebibliothek, die auch den Erwachsenen offen steht. So sollen kurzfristig in den OS-Zentren Düdingen, Plaffeien, Tafers und Wünnewil Regionalbibliotheken eröffnet werden, wobei es ebenso notwendig wäre, daß in einem kleineren Rahmen jede Schulgemeinde verpflichtet ist, eine derartige Bibliothek der gesamten Bevölkerung anzubieten, zumal schon bald beim eintretenden Schülerrückgang hiezu ein überzähliges Schulzimmer verwendet werden kann.

Schließlich hat Deutschfreiburg als sprachliche Minderheit Anrecht auf eine sorgfältig definierte und verfassungsmäßig und gesetzlich verankerte Kulturautonomie. Kultur wird aber nicht nur bewahrt, sondern immer wieder neu geschaffen. Volkskultur ist weitgehend mit Bildung und Erziehung verbunden. So soll über den eigentlichen Schulbereich hinaus das rege Vereinsleben weitergetragen werden. Eine besondere Unterstützung soll dem Heimatkunde- und Geschichtsforschenden Verein, dem Heimatmuseum, der Denkmalpflege, der Bauernhausforschung und

der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft und ihrer Kulturpreisverleihung zukommen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß der Allgemeinheit in den kommenden Jahren auch in wirtschaftlicher Hinsicht der größte Dienst erwiesen wird, wenn wir die Qualität unserer Schulen nicht nur halten, sondern noch verbessern.

Gerade die Sekundarklassen, das Progymnasium und die Mittelschulen sind Pflanzstätten für zukünftige Bestleistungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wo wir hinkommen, wenn die Schweiz als exportorientiertes Land den technologischen Anschluß an die Weltspitze verpaßt, sehen wir heute in der Uhrenindustrie.

Behörden, Wähler, Stimmbürger und Eltern müssen die Zusammenhänge zwischen vermehrten Bildungsinvestitionen heute und wirtschaftlicher Überlebenschance morgen sehen lernen. Deshalb ist die Aufrechterhaltung eines schulfreundlichen Klimas, um Spitzenleistung zu vollbringen, nachhaltig zu fördern.

In den Anstrengungen für Bildung und Ausbildung darf nicht nachgelassen werden. Gerade in der Rezession zeigt es sich, daß Leute mit einer möglichst umfassenden Bildung gegen die Arbeitslosigkeit widerstandsfähiger sind. Deshalb haben wir allen Grund, trotz des stürmischen Gegenwindes in der Bildungspolitik, den Ausbau und die Refom des freiburgischen Schulwesens fortzusetzen.

Gesundheitswesen

Von WOLFGANG STEIERT

Da die heutige Situation Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen in der ärztlichen und sonstigen gesundheitlichen Versorgung des Sensebezirkes ist, sei sie kur zumrissen: Ende März 1978 gab es im Sensebezirk 8 Arztpraxen: 4 im Unterland, 2 im Mittelland, 2 im Oberland. Theoretisch beträgt die Pro-Kopf-Versorgung also ca 1 Arzt auf 3500 Einwohner. Bezüglich der Einwohnerzahlen ist das Verhältnis zwischen Unterland einerseits und dem Mittel- und Oberland andererseits ausgeglichen. Das Oberland ist jedoch infolge der allgemeinen geringeren Bevölkerungsdichte und somit der größeren Wegstrecken zwischen Patient und Arzt wegen benachteiligt. Zahnarztpraxen zählen wir 4, Veterinäre praktizieren im Bezirk 4. Apotheke gibt es im Bezirk eine. Im Pflegedienst wirken weiter: 1 Gemeindenkrankenschwester, 1 Säuglingsschwester sowie mehrere Familienhelferinnen.

Das Spital Tifers, von den Schwestern des hl. Vinzenz geführt, wird von 2 Ärzten medizinisch geführt. Ein vollamtlicher Oberarzt steht seit 15. Januar 1978 der internen Abteilung vor. Das Spital Tifers umfaßt 50 Akutbetten, zudem rund 45 Plätze für dauernde Betagtenpflege.

Die Bedürfnisse für die Zukunft betreffen vor allem den Wunsch nach zusätzlichen Arztpraxen, ebenso nach mehr Gemeindeschwestern. Es ist sicher, daß in absehbarer Zukunft mehrere Ärzte sich niederlassen werden. Der Arzt ist in der Wahl des Praxisortes im Prinzip frei, eine planmäßige Verteilung zukünftiger Arztpraxen ist aus diesem Grunde nur in Form einer Empfehlung möglich. Wenn wir das Arbeitskonzept vieler junger Ärzte in Betracht ziehen, können wir damit rechnen, daß da und dort Gemeinschaftspraxen entstehen. Eine zu massive Gruppierung verschiedener Ärzte in Ballungszentren auf Kosten dünner besiedelter Gebiete sollte unbedingt vermieden werden. Nur bei einer sinnvollen Zunahme von Arztpraxen – 2 bis 3 Praxen für Ober- und Mittel- land zusammen, 1–2 Praxen für das Unterland kann eine optimale ärztliche Versorgung des primären Sektors im ganzen Sensebezirk gewährleistet werden: Diagnosestellung und einfache Abklärung in der Arztpraxis, Hausbesuche für bettlägerige akute und chronische Patienten sowie vernünftige Spitaleinweisung. Aus ähnlichen Gründen ist eine Vermehrung von Apotheken anzustreben: Vor allem das Mittel- und Oberland sollten zumindest über je eine Apotheke verfügen können.

Im Rahmen der Vorsorgemedizin (verhütende Medizin) sollen vor allem die Schulmedizin und das Impfwesen hervorgehoben werden. Besonders der schulärztliche Dienst muß ausgebaut werden. Bei der bisherigen Ärztezah im Bezirk ist eine schulärztliche Betreuung aller Schulgemeinden kaum möglich. Sie umfaßt als Minimum eine jährliche Untersuchung von 2 Primarklassen sowie 1 Klasse der Orientierungsstufe, dies nach dem neuen Schulgesetz (z. Z. als Entwurf existierend). Eine vollständige Untersuchung aller Schulklassen jährlich ist jedoch illusorisch, auch wenn wir sonst genügend Ärzte haben würden.

Der ärztliche Notfalldienst ist auf Grund gegenseitiger persönlicher Absprachen geregelt und funktioniert im allgemeinen befriedigend bis gut. Es ist jedoch in Zukunft anzustreben, den Notfalldienst nach Regionen zu organisieren, etwa wie beim Notfalldienst der Stadt Freiburg.

Im Sensebezirk steht uns das Spital Tifers als regionales Spital für akute und chronische Erkrankungen zur Verfügung. Eine Reorganisation dieses Spitals ist bereits im Gange und wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Schon jetzt kann gesagt werden, daß der Krankendienst der akuten Fälle sowie der chronischen Patienten besser getrennt werden sollte, und zwar räumlich wie organisatorisch. Eine Erweiterung der chirurgischen Betten könnte dieses Spital attraktiver gestalten. Weitere

Spitäler, welche für unsere Sensler Kranken in Frage kommen, sind: Kantonsspital, Privatkliniken der Stadt Freiburg und schließlich für besondere Fälle das Inselehospital Bern. Geographisch liegen diese Spitäler außerhalb des Sensebezirkes, sind jedoch integrierender Bestandteil ärztlichen Bedürfnisses und müssen in unsere Betrachtungen einbezogen werden. Auf der Wunschliste stehen: Bessere Dienstleistung im Kantonsspital bezüglich Zweisprachigkeit, vertragliche Gleichstellung der Privatkliniken mit dem Kantonsspital in bezug auf Allgemeinabteilungen. Im Konzept wird gewünscht, daß die Krankenkassen Mehrkosten für das Inselehospital (im Vergleich zum Kantonsspital Freiburg) decken sollten. Dieses Postulat ist aber bereits erfüllt, sofern gewisse Bedingungen erfüllt werden, nämlich: Einweisung durch Arzt oder Freiburger Spital, Bescheinigung des einweisenden Arztes, daß das betreffende Leiden nur an der Universitätsklinik sachgemäß behandelt werden kann.

Eine deutliche Lücke besteht hinsichtlich der Anzahl der verfügbaren Gemeindeschwestern, genauer: Krankenschwester – in Einzahl! Es wird vom Entwicklungskonzept der «Region Sense» angestrebt, mehrere Krankenschwestern, notfalls auch für mehrere Gemeinden, einzusetzen. Gerade als Hilfe des Arztes leistet die Krankenschwester im Privathaus unschätzbare Dienste und hilft, die allgemeinen Pflegekosten chronischer Patienten zu senken, indem ihre Gegenwart die Dauer der Spitalaufenthalte so kurz wie möglich hält. Daß dieser Dienst von den Krankenkassen besser entschädigt werden sollte, kann nicht im Rahmen des Entwicklungskonzeptes der «Region Sense» diskutiert werden, da für solche Regelungen überregionale Instanzen verantwortlich sind. Eine engere Koordinierung des Krankenpflegedienstes mit den existierenden wohltätigen Institutionen könnte deren Wirkungsgrad erhöhen. Es ist dabei an Pro Juventute, Pro Senectute, Pro Infirmis usw. zu denken.

Mit der Erfüllung dieser Wünsche im Rahmen des Regionalkonzeptes wäre das Wesentliche für einen optimalen Gesundheitsdienst im Sensebezirk erreicht.

Sozialwesen

Von FELIX BÜRDEL

Als erfreuliche Tatsache kann festgehalten werden, daß sich im Sensebezirk eine Vielzahl von Organisationen, Institutionen und Vereinen – auf freiwilliger oder gesetzlicher Basis – für das Sozialwesen tatkräftig einsetzen. Grundsätzlich kann sicher gesagt werden, daß es eine edle Auf-

gabe jedes Bürgers ist, einem in Not geratenen hilfebedürftigen Mitmenschen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu helfen. Auch wenn die öffentliche Hand in sozialer Hinsicht große Anstrengungen unternommen hat und sicher auch in Zukunft unternommen wird, werden immer wieder soziale Härtefälle auftreten, die auf spontane Hilfeleistungen Privater angewiesen sind.

Als eine der wichtigsten Aufgaben wird in Zukunft die Koordination der heute im Bezirk schon tätigen Institutionen sein, um einen polyvalenten Sozialdienst in der Region gewährleisten zu können. Eine vermehrte Koordination dürfte indessen die Autonomie der einzelnen Träger nicht einschränken.

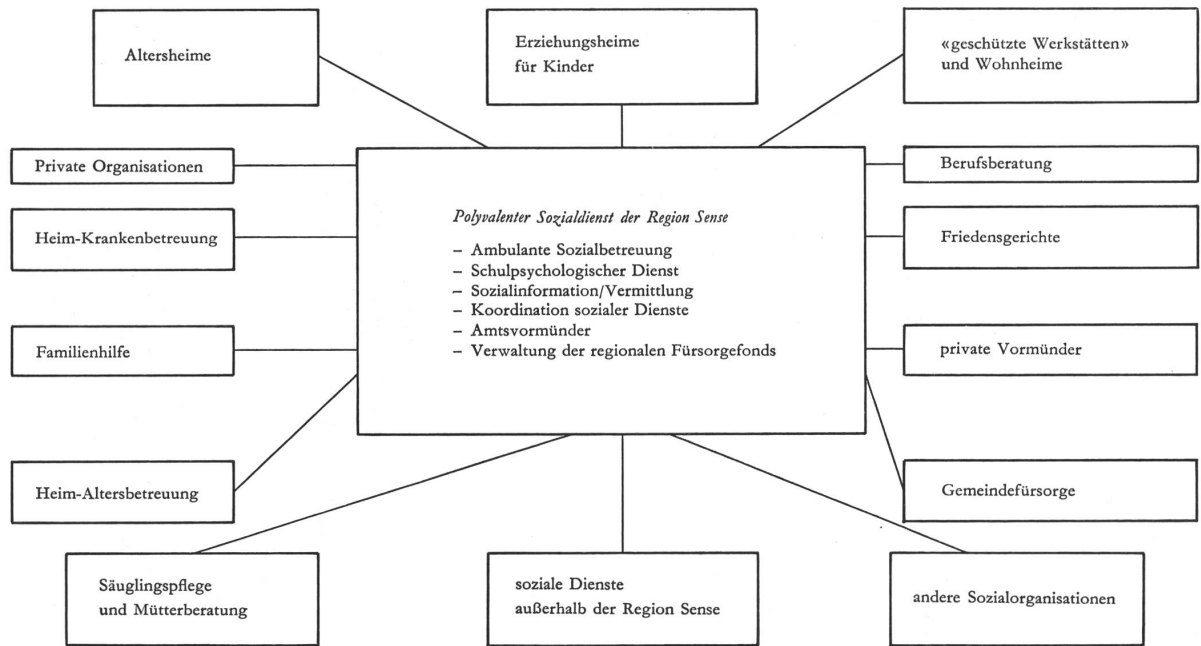
Die Übersicht (Seite 59) stellt eine mögliche, künftige Organisation der Sozialdienste im Sensebezirk dar.

Gegenwärtig besteht im Sensebezirk kein *Kinder- und Jugendheim* mehr. In Anbetracht der sehr schwankenden Zahl von Kindern, die ein solches Heim besuchen könnten (5–12 pro Jahr), muß man sich aber die Frage stellen, ob die Infrastruktur- und Personalkosten für ein eigenes Heim nicht zu hoch wären. Eine tragbare Lösung könnte angestrebt werden, indem man z. B. in Freiburg ein zweisprachiges Heim für 20–30 Kinder oder für den deutschsprachigen Kantonsteil ein überregionales Heim errichten würde. Aber auch die Frage eines Aufnahmeheimes und einer Beobachtungsstation für Notfälle müßte eventuell zusammen mit der Stadt Freiburg oder dem Seebezirk gelöst werden.

Die *Behinderten* werden heute mehrheitlich von der Pro Infirmis betreut. Für sozial Behinderte müßten künftig im Bezirk vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, sei es durch Integration in die Arbeitswelt, Schaffung von «geschützten Werkstätten» oder Heimplatzierungen.

Bei der *Betagtenhilfe* muß unser oberstes Ziel immer ein befriedigender und ausgefüllter Lebensabend aller Mitmenschen sein. Mit einem vermehrten Einsatz von qualifizierten Gemeindeschwestern könnten die älteren und ambulant pflegebedürftigen Leute länger zu Hause, in ihrer Wohngemeinde, betreut werden, ohne unverzüglich in ein Altersheim oder ins Spital eingeliefert zu werden. Die Bettenzahl könnte aber in nächster Zukunft ebenfalls zu knapp werden, wenn man bemerkt, daß im Sensebezirk auf 1 000 Einwohner nur 4,5 Betten gegenüber 7,5 im Kanton zur Verfügung stehen.

Auch im Bereich der *Gemeindefürsorge* werden immer wieder Probleme festgestellt, und zwar in der praktischen Anwendung des «Kantonalen Gesetzes über Armenfürsorge» durch die Gemeinden. Die Feststellung der unterstützungspflichtigen Gemeinden erheischt vielmals eine große Zeitspanne, während der oft finanzielle Schwierigkeiten entstehen, ins-



besonders wenn die Entscheide durch das Oberamt oder sogar durch den Staatsrat gefällt werden müssen. Hier könnte ein zu gründender regionaler Fürsorgefonds gute Dienste leisten. Die unterstützungspflichtige Gemeinde wäre nachträglich rückerstattungspflichtig. Die Verwaltung dieses Fonds könnte der zu schaffenden regionalen Sozialdienststelle anvertraut werden.

Im Unter- und Oberland sind heute zwei vollamtliche Amtsvormünder im Einsatz. Auch im Mittelland sollte in nächster Zukunft ein hauptberuflicher Amtsvormund eingesetzt werden, da die Privatvormünder zu überlastet sind. Schließlich ist eine vermehrte Koordination der Amtsvormundschaften untereinander und eine engere Kooperation mit den verschiedenen Sozialdiensten anzustreben (vgl. Übersicht: Polyvalenter Sozialdienst).

Die zielstrebigen Anstrengungen im Sozialbereich müssen weitergeführt und koordiniert werden. Schließlich ist auch die Information über die bestehenden Hilfsorganisationen im Bezirk zu fördern. Besonders im Sozialbereich gilt der Grundsatz: Der Stärkere soll dem Schwächeren, dem Hilfebedürftigen helfen. Der Bereich des Sozialwesens jedes Staates wird immer auf idealistische Mithilfe und Unterstützung von Privaten angewiesen sein, um seinen vielfältigen Aufgaben und Pflichten gerecht werden zu können.

Technische Infrastruktur

Von ALFONS ACKERMANN

Unter technischer Infrastruktur wird die Versorgung und Entsorgung der Region sowie die verkehrsmäßige Erschließung verstanden. Diese hat im Dienste des Menschen, der Siedlung und der Landschaft zu stehen; sie ist aber für die Entwicklung der Region erforderlich.

a) Versorgung und Entsorgung

Wasserversorgung

Die Wasserversorgungen sind in der Region normalerweise im Besitze der Gemeinden; eine Ausnahme bilden Düdingen mit einer Aktiengesellschaft und Wünnewil-Flamatt mit Genossenschaften. Nicht alle Versorgungen erfreuen sich einer genügenden Trinkwasserreserve, denn bei Spitzenbedarf und extremer Trockenheit wird die Lage mancherorts prekär. In der Region sind aber noch Wasserreserven vorhanden, die

nicht genutzt sind. Ein Zusammenschluß zu Wasserversorgungsverbänden ist sehr zu empfehlen, denn ein Ausgleich bei Spitzenbedarf wäre leichter zu realisieren. Zudem sollte eine Studie über alle Wasservorkommen in der Region und ein regionaler Versorgungsplan erstellt werden.

Energieversorgung

Als Energiequellen werden in der Region vor allem Elektrizität und Öl verwendet. Die Versorgung mit Elektrizität wird von den Freiburgerischen Elektrizitätswerke (FEW) realisiert. Eine Versorgung mit Gas kann sicher nur in den Randgebieten der Stadt Freiburg in Frage kommen.

Um nicht allzusehr von den obgenannten Energiequellen abhängig zu sein, ist sicher auch bei uns für Heizung und Warmwasser vermehrt die Sonnenenergie im Zusammenhang mit Wärmepumpen zu benützen.

Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung, also der Bau von Transportkanälen und der Bau von Abwasserreinigungsanlagen (ARA), ist in der Region in vollem Ausbau begriffen.

Seit einigen Jahren ist die Anlage der Gemeinde Düdingen in Betrieb. Im Verlaufe dieses Jahres (1978) werden die Anlagen der ARA-Sensetal in Laupen und die ARA des Zweckverbandes Ärgera/Neßlera in Betrieb genommen. An der ARA-Sensetal sind die Gemeinden Bösing, Schmiten, Wünnewil-Flamatt und Überstorf, an der ARA Ärgera/Neßlera die Gemeinden Giffers, Tentlingen und St. Silvester angeschlossen. An der letzteren ist ein Anschluß von Rechthalten möglich, sofern nicht eine eigene Anlage erstellt wird.

Der Zweckverband Plaffeien mit den Gemeinden Brünisried, Oberschrot, Plaffeien und Zumholz und der Zweckverband Taverna mit den Gemeinden Alterswil, Heitenried, St. Antoni, St. Ursen und Tafers werden nächstens gegründet. Bei beiden Verbänden ist die Planung zu intensivieren, um einen baldigen Bau der Anlagen zu ermöglichen.

Für Plasselb ist das Studium einer eigenen Anlage vorgesehen.

Es muß unser größtes Anliegen sein, keine Abwasser mehr ungeklärt in stehende oder fließende Gewässer abzuleiten.

Kehrichtbeseitigung

Die Kehrichtbeseitigung kann in der Region als gelöst betrachtet werden, denn 14 Gemeinden sind dem «Verband für Umweltschutz» angeschlossen und die übrigen 5 Gemeinden verfügen über eine eigene Abfuhrorganisation. Heute wird der größte Teil des Kehrichtes in Freiburg

zu Fr. 45.— die Tonne verbrannt; nur die Gemeinden Bösing, Wünewil-Flamatt und Überstorf führen den Kehrriht in die Deponie Teuftal.

Da die Verbrennungskosten hoch sind, wird in der Region nach Lösungen einer Deponie gesucht, wobei schon heute die Deponie Teuftal als Möglichkeit anvisiert wird.

Durch regelmäßige Sammlungen von Altpapier und Glas kann der Anfall an Kehrriht vermindert werden.

Erschließung der Bauzonen

Im allgemeinen sind die Bauzonen der Gemeinden zu groß und sollten redimensioniert werden. Einer genügenden Erschließung der Bauzonen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Erschließungs- und Parzellierungspläne sind durch die Promotoren erstellen zu lassen. Auch sollten diese Erschließungsarbeiten vor Beginn der Überbauung ausgeführt werden, denn eine Bauzone ist ja erst baureif, wenn alle Erschließungsarbeiten beendet sind. Die öffentliche Hand darf sicher nur die Groberschließungen realisieren mit einer angemessenen Beteiligung der Eigentümer.

Militärische Anlagen

Die militärischen Anlagen werfen immer wieder Probleme z. B. im Zusammenhang mit dem Tourismus auf. Mit einer gemeinsamen Planung der touristischen und der militärischen Interessen könnten Konflikte vermieden werden. Dabei ist aber auch die wirtschaftliche Bedeutung von Truppeneinquartierungen nicht zu unterschätzen.

Zivilschutzanlagen

Auch in unserer Region wird dem Zivilschutz, als einer der Säulen unserer Gesamtverteidigung, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Bis heute waren die Gemeinden Bösing, Düdingen, Schmitten, Tafers und Wünewil-Flamatt zivilschutzpflichtig. Mit dem revidierten Zivilschutzgesetz, das zu Beginn des Jahres in Kraft gesetzt wurde, werden auch die übrigen Gemeinden pflichtig. Sie werden der Baupflicht unterstellt und haben reduzierte Organisationen aufzubauen. Ziel der Konzeption 71 des Zivilschutzes ist es, bis zum Jahr 2000 für jeden Einwohner einen belüfteten Schutzplatz zur Verfügung zu haben. Um dieses Ziel zu erreichen, muß noch in allen Gemeinden dem Bau von Zivilschutzanlagen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Anlagen für die Organisation und Sammelschutzräume sind in gemeindeeigenen Bauvorhaben einzuplanen.

b) Verkehr

Straßennetz

Die Region ist verhältnismäßig gut mit Verkehrsachsen versehen. Allerdings ist das ganze System auf die Stadt Freiburg ausgerichtet. Das Oberland ist mit mehreren Straßenvarianten mit der Kantonshauptstadt verbunden. Das Mittelland ist mit der Straße Freiburg-Schwarzenburg-Thun bedient, wobei der schwache Punkt dieser Strecke die Holzbrücke im Sodbach bildet, da sie für größere Lasten nicht befahrbar ist. Das Unterland ist mit der Straße durch das Mühletal und der Straße über Düdingen nach Bösinggen mit Freiburg verbunden. Zusätzlich führt die Nationalstraße N 12 durchs Unterland.

Das Verkehrskonzept (siehe Plan auf Seite 64/65) sieht keine grundlegenden Neuerungen vor, mit einer Ausnahme: Der schon seit langem diskutierte Übergang in das Jauntal sollte auf Grund der bekannten Varianten näher studiert werden. Daneben sollten durch Ausbau der bestehenden Straßen oder durch den Bau von relativ kurzen Verbindungsstücken vor allem die regionsinternen Verbindungen verbessert und der Anschluß des Oberlandes an die Autobahn auch in Richtung Bern optimal gestaltet werden.

Die Realisierung dieses Verkehrskonzeptes verlangt vor allem:

- Ein regionaler Verkehrsrichtplan ist zu erarbeiten.
- Die Längsverbindungen Überstorf-Heitenried-Alterswil-Rechthalten-Giffers, St. Ursen-Frohmann und Schmitten-Friesenheim-Fillistorf-Düdingen mit Sanierung des Bahnüberganges in Schmitten sind zu realisieren.
- Der Ausbau der Straßen St. Silvester-Plasselb, Gypsera-Militärlager im Schwarzsee und Frohmatt-Giffers sind voranzutreiben.
- Die Flußübergänge bei Giffers und im Sodbach sind durch die Erstellung von neuen Brücken dem heutigen Verkehr anzupassen.
- Mit der Erstellung der Seelandtangente, die die beiden Nationalstraßen N1 und N 12 verbindet, ist sicher die Umfahrung von Düdingen zu planen, wobei für die Region die Variante Bundtels-Bethlehem-Berg-Ried sicher vorteilhafter sein wird als die Variante Birch-Räckholterberg- Obere Zelg-Guggerhorn-Jetschwil.

Das Verkehrskonzept sieht das Studium und den Bau einer Verbindungsstraße ins Jauntal vor. Diese Straße wird die touristische Attraktivität unserer Region sicher steigern. Bei der Variante über den Euschelspaß wäre Jaun direkt an den Sensebezirk angeschlossen mit dem Nachteil der Immissionen oberhalb des Dorfes Jaun. Die Variante Reccardets-Balisaz-Valsainte-Cerniat würde die beiden Touristikzentren von Schwarzsee und Charmey verbinden und die Möglichkeit des Anschlusses des Plasselschlundes wäre vorhanden.

Öffentlicher Verkehr

Wie das Straßennetz ist auch der öffentliche Verkehr auf die Stadt Freiburg ausgerichtet. Es ist ein ausgesprochener Arbeitsverkehr, also konzentriert auf Morgen, Mittag und frühen Abend. Der Abendverkehr fehlt und auch regionsinterne Verbindungen sind kaum vorhanden. Außer der GFM, die den Hauptteil des öffentlichen Verkehrs bewältigt, ist die PTT mit den Linien Tifers-Düdingen-Bösingen-Laupen und Flamatt-Überstorf beteiligt. Das Unterland wird ebenfalls mit der SBB bedient.

Das Einführen von Spätkursen wird gewünscht und die regionsinternen Verbindungen sind zu fördern. Dabei ist eine Koordination von allen Verkehrsmitteln anzustreben.

Ruhender Verkehr

Das Parkplatzangebot ist nicht in allen Ortschaften und nicht bei allen touristischen Anlagen in der Region genügend vorhanden. Auch in Stadtnähe fehlt ein geeignetes Parkplatzangebot. Vor allem an den Ausgangspunkten für Erholungsgebiete, bei touristischen Anlagen und in größeren Ortschaften sind die erforderlichen Parkplatzmöglichkeiten zu schaffen, denn nur so können die Straßen entlastet und der Verkehr flüssig gestaltet werden.

Schlußbemerkung

Sicher können nicht im Rahmen des Entwicklungskonzeptes der «Region Sense» ausführungsfähige Projekte für die technische Infrastruktur erstellt werden. Hingegen wurde versucht auf Mängel hinzuweisen und mögliche Lösungen anzudeuten.

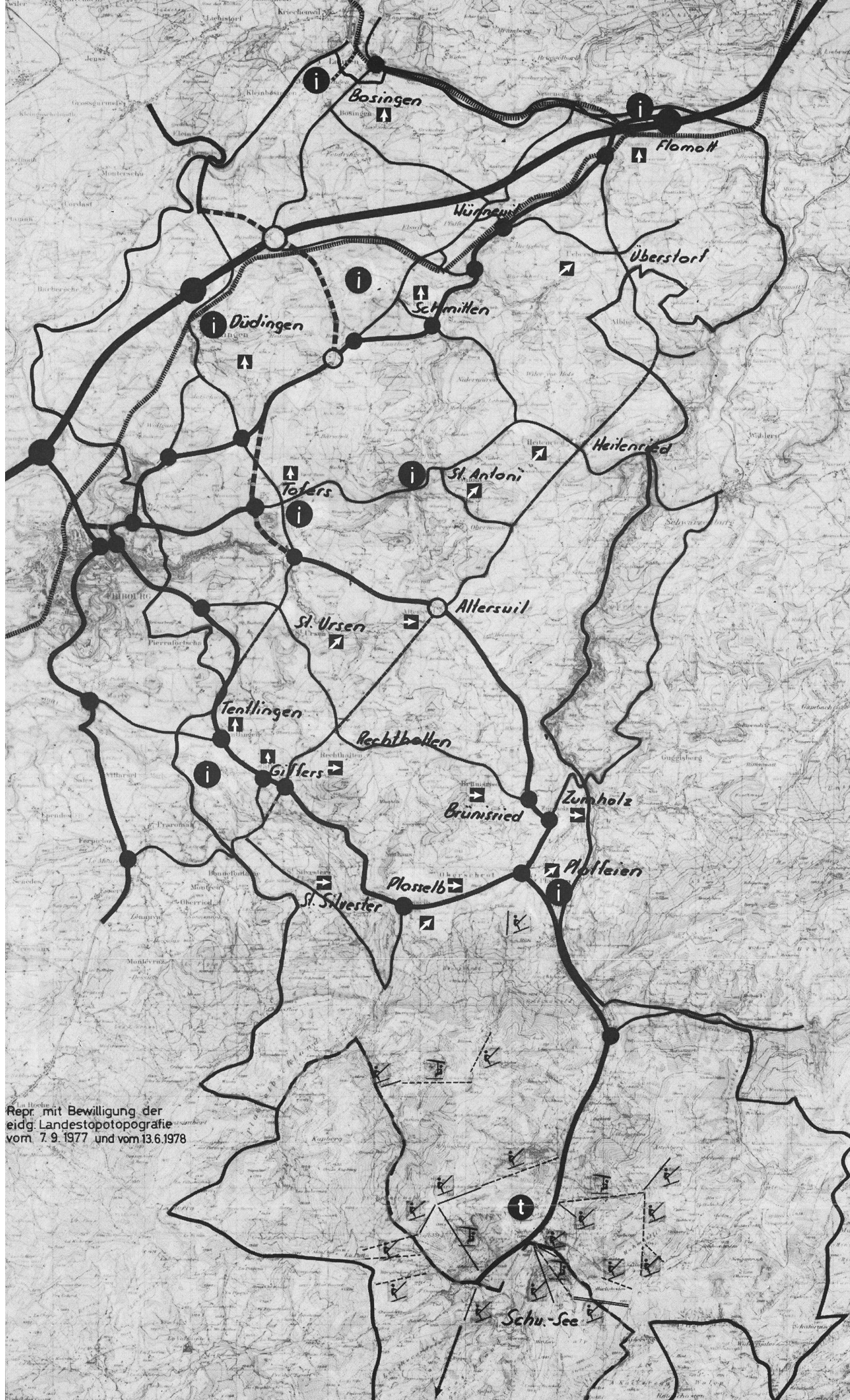
Öffentliche Finanzen

VON MAX JECKELMANN UND VIKTOR SCHWALLER

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich im ersten Teil auf einige wesentliche Feststellungen über die finanzielle Situation unserer Gemeinden und im zweiten Teil soll dann etwas eingehender auf die im Konzept angestrebten Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen eingegangen werden.

a) Finanzielle Situation unserer Gemeinden

Die Analyse der verschiedenen Gemeinderechnungen war nicht sehr einfach, weil wir leider in unserem Kanton und noch viel weniger in unserer



Repr. mit Bewilligung der eidg. Landestopografie vom 7.9.1977 und vom 13.6.1978

Region über eine einheitliche Darstellung der Gemeindefinanzen, beziehungsweise Gemeinderechnung, verfügen. Jede Gemeinde arbeitete bis heute mit eigenem Kontenplan und eigenen Kriterien zur Bewertung und Abschreibung der Aktiven und Investitionen, so daß in vielen Belangen Vergleiche zwischen Gemeinden sehr stark hinken. Man muß sich aber auch bewußt sein, daß man nicht ohne weiteres Gemeinden miteinander vergleichen kann, die anders strukturiert sind und über andere wirtschaftliche Voraussetzungen verfügen. Die in der Analyse gemachten Feststellungen führten zu folgenden Schlußfolgerungen:

Selbstfinanzierungsmarge

Als Selbstfinanzierungsmarge bezeichnet man die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, d. h. Beträge, die jährlich anfallen wie z. B. bei den Einnahmen die Steuern und Gebühren, bei den Ausgaben die Löhne, Zinsen, Unterhaltsarbeiten usw., ohne Abschreibungen beziehungsweise Schuldentilgungen und Investitionsausgaben. Diese Selbstfinanzierungsmarge gibt Auskunft über die Finanzkraft, beziehungsweise Investitionskraft einer Gemeinde. Die Analyse ergab,

- daß 4 Gemeinden (aus dem Mittel- und Oberland) eine negative Selbstfinanzierungsmarge aufweisen, d. h. diese Gemeinden sind nicht einmal mehr in der Lage, die ordentlichen Ausgaben zu decken. Sie können überhaupt keine Schuldentilgungen mehr vornehmen, geschweige denn zusätzliche Investitionen tätigen.
- nur 5 von 19 Regionsgemeinden eine einigermaßen genügende Selbstfinanzierungsmarge von über Fr. 300.— pro Einwohner haben. Es sind dies die besser entwickelten Gemeinden des Unter- und Mittellandes.
- Bei allen anderen Gemeinden (10) ist die Selbstfinanzierungsmarge ungenügend.

Finanzielle Bilanz und Verschuldung

Die Nettoverschuldung der einzelnen Gemeinden schwankt zwischen Fr. 20.— und Fr. 2 329.— pro Einwohner. Diese Zahlen sagen aber nicht sehr viel aus, weil der Verschuldung pro Einwohner auch die Steuerkraft pro Einwohner gegenübergestellt werden muß. Je höher die Steuerkraft, desto höher ist die Grenze der möglichen Verschuldung. Einige Gemeinden des Ober- und Mittellandes weisen eine zu große Verschuldung im Verhältnis zur Steuerkraft aus.

Die Steuerlasten

Die Ansätze der Gemeindesteuern inklusiv Schul- und Pfarreisteuern sind in den einzelnen Regionsgemeinden recht unterschiedlich und schwanken für das Jahr 1975 im total zwischen Fr. 1.03 und Fr. 1.65 vom Franken Staatssteuer. Seit 1975 sind aber bereits bei vielen Gemeinden Steuersenkungen vorgenommen worden.

Die Steuerkraft

Recht aufschlußreich sind die Zahlen für die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden (Kantonalsteuerertrag pro Einwohner). Nur 3 Gemeinden aus dem Unterland weisen eine Steuerkraft aus, die nur wenig über dem kantonalen Mittel liegt. Die Steuerkraft aller übrigen 16 Gemeinden liegt zum Teil wesentlich unter dem kantonalen Mittel. 4 Gemeinden haben weniger als 60 % des kantonalen Mittels.

b) Ziele und Maßnahmen

Bei den nachfolgenden Zielen und Maßnahmen, die das Entwicklungskonzept zur Verbesserung der finanziellen Situation unserer Gemeinden anregt, muß unterschieden werden zwischen solchen, die von der Gemeinde, vom Kanton oder vom Bund eingeleitet werden können und sollen. Die wesentlichen im Konzept erarbeiteten Punkte sind:

Finanzpolitik

- Verbesserung der Selbstfinanzierungsmarge durch straffere Führung und vermehrte Anwendung des Verursacherprinzips bei der Bezahlung von öffentlichen Aufgaben (Straßen, Beiträge, Gebühren usw.)
- Verbesserte mittelfristige Planung durch Finanzplan und einheitliche Kontenführung.
- Verbesserte Steuerinvestigation in den Gemeinden.

Finanzausgleich

Die Einführung des *horizontalen Finanzausgleichs* ist ein Gebot der Stunde. Mit diesem, bereits in vielen Kantonen seit Jahrzehnten praktizierten Finanzausgleich bezahlen Gemeinden mit einer Steuerkraft über dem kantonalen Mittel Beiträge in einen Finanzausgleichsfond, der seinerseits Beiträge an Gemeinden mit schwächerer Finanzkraft ausrichtet. Dadurch wird die Selbstfinanzierungsmarge dieser Gemeinden verbessert. Beim *vertikalen Finanzausgleich*, der in unserem Kanton bereits seit vielen Jahren besteht, werden die Subventionen und Beiträge des Kantons unterschiedlich von oben nach unten verteilt, je nach Klassifizierung der

Gemeinden. Die heute für die Klassifizierung der Gemeinden maßgebenden Kriterien, nämlich

- Lasten der Gemeinde (Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsentwicklung, Zahl der Arbeitsplätze),
- Steuerkraft der Gemeinde (Kantonalsteuer pro Einwohner),
- Anstrengung der Gemeinde (Steueransatz),

sind zu verfeinern, beziehungsweise zu ergänzen. Insbesondere sind beim ersten Kriterium, d. h. bei den Lasten der Gemeinden große Vorbehalte anzubringen. Neben der Bevölkerungsdichte sollte an Stelle der Bevölkerungsbewegung und eventuell auch der Zahl der Arbeitsplätze unbedingt der Aufwand der Gemeinden für Schule und Bildung mitberücksichtigt werden, weil diese Kosten heute 50 bis 60 % unserer Gemeindebudgets ausmachen. Dies könnte geschehen durch den Einbezug der Altersstruktur der Bevölkerung. So wird festgestellt, daß der Anteil der Jugendlichen von 1 bis 20 Jahren im Sensebezirk in allen Gemeinden über dem kantonalen Durchschnitt (35,2 %) liegt. Beispiel: Stadt Freiburg rund 29 %, St. Silvester rund 43 %. Der viel diskutierte Einbezug der Verschuldung der Gemeinden in die Klassifizierungsrechnung muß abgelehnt werden, weil

- eine Gemeinde eine Verschuldung manipulieren kann,
- die Höhe der Verschuldung abhängig ist von der Steuerkraft,
- die vorhandene und fehlende Infrastruktur der einzelnen Gemeinden mitberücksichtigt werden müßte, was praktisch kaum möglich sein wird.

Mit Ausnahme der Stadt Freiburg weisen alle Bezirke im Kanton in absoluten Zahlen eine höhere durchschnittliche Verschuldung pro Einwohner auf als der Sensebezirk.

Als weitere Maßnahme ist die Finanzplanung bereits in den Gemeinden auszubauen. Damit dieses Führungsinstrument brauchbar ist, sollte es alle 2 Jahre revidiert und den neuen Verhältnissen angepaßt werden. In Anbetracht der immer größer werdenden Investitionen, kann auf eine seriöse Finanzplanung in den Gemeinden nicht mehr verzichtet werden. Sie soll Auskunft geben

- ob eine geplante Investition für die Gemeinde in den nächsten Jahren tragbar ist,
- wie sich die Verschuldung aus den geplanten Investitionen entwickeln könnte, und nicht zuletzt,
- ob der Steueransatz gehalten oder sogar reduziert oder erhöht werden muß.

Steuerpolitik

Die Einkommen unter Fr. 30 000.— sind in unserem Kanton zu stark belastet und sollten dem schweizerischen Mittel angenähert werden. Durch die Einführung eines horizontalen Finanzausgleichs sollten die heute bestehenden großen Unterschiede bei den Steueransätzen der Gemeinden reduziert werden, um die Wohnattraktivität der schwächeren Gemeinden zu fördern.

Das Jauntal und seine Beziehungen zu den Regionen Sense und Greyerz

Von BEAT SCHUWEY

Wie im Sensebezirk haben sich auch die Gemeinden des Greyerzerbezirkes zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, um in den Genuß der Investitionshilfe für das Berggebiet zu gelangen. Dieser Verband heißt «Association pour l'aménagement, le développement et l'équipement de la Gruyère». Präsident ist unser Oberamtmann, Robert Menoud. Die Gründung dieses Zweckverbandes stellte in der Region Greyerz überhaupt keine Probleme, da diese Region, mit Zentrum Bulle, in allen Teilen dem Bundesgesetz über Investitionshilfe für das Berggebiet entspricht und geographisch gesehen ideale Voraussetzungen erfüllt, um als Region anerkannt zu werden. Im Bestreben, die Planungsarbeiten zu vereinfachen, wurde der Bezirk in sechs Sektoren eingeteilt. Diese Unterregionen führen alle sternförmig zum Zentrum Bulle, unserem Bezirkshauptort.

Eine dieser Unterregionen ist das Jauntal mit den fünf Gemeinden Châtel-s. Montsalvens, Crésuz, Cerniat, Charmey und Jaun. Diese fünf Gemeinden zählten 1975 zusammen 2518 Einwohner, wobei Charmey mit 1 200 und Jaun mit 800 Einwohnern den Hauptanteil stellten. Unsere wirtschaftliche Situation ist vergleichbar mit jener des Senseoberlandes. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig. Jaun zählt heute noch 54 Bauernbetriebe. Holzindustrie und Bauwerke sind eine nicht zu unterschätzende Verdienstquelle. Cerniat beherbergt eine kleine Industrie im medizinischen Bereich. Charmey und Jaun besitzen je ein Elektrizitätswerk, wobei jenes von Jaun Privatbesitz von Jaunern ist und ungefähr 70 % unseres Energiebedarfes erzeugt. Ein wichtiger Erwerbszweig bildet das Militär, sei es unsere